

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

EU-Inflationsrate im April bei 3,2 Prozent

Brüssel (AP) Die jährliche Inflationsrate in der Europäischen Union hat im April dieses Jahres 3,2 Prozent betragen und ist damit seit Anfang März konstant geblieben, wie das europäische Amt für Statistik Eurostat am Dienstag mitteilte. Während der Geldwertverlust im Vergleich zum April vergangenen Jahres um 0,2 Prozentpunkte gesunken ist, liegt er gegenüber den USA mit 2,4 Prozent und Japan mit 0,7 Prozent deutlich höher. Laut Eurostat liegen auch die Inflationsraten in Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden, die der Europäischen Union zum 1. Januar beitreten, unter 3,2 Prozent.

Landeskirchen fordern Arbeit für alle

Zürich (AP) Die Landeskirchen der Schweiz fordern Arbeit für alle und eine massive Verkürzung der Arbeitszeit zur dauerhaften Überwindung der Arbeitslosigkeit. An einem Pressegespräch am Dienstag in Zürich wurde eine Studie vorgestellt, die vor allem ethische und menschliche Aspekte der Vollbeschäftigung hervorhebt.

Die Arbeitslosigkeit sei nicht nur eine wirtschaftliche Krise, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die die Chance zu einer Neuorientierung berge, sagte der Autor der Studie, Christian Kissling von der Fachkommission Iustitia et Pax der Schweizer Bischofskonferenz. Die Studie, an der auch das Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) mitwirkte, soll Mitte Juni verabschiedet und voraussichtlich Ende Jahr unter dem Titel «Arbeit für alle – Ein Modell zur Überwindung der Arbeitslosigkeit» publiziert werden.

Für präzisere Spielregeln für Nachrichtendienste

Bern (AP) Die Aufsichtskommission des Parlaments hat präzisere «Spielregeln» für die Zusammenarbeit von Bundespolizei und militärischen Nachrichtendiensten verlangt. Gemeinsame Aktionen zur Nachrichtenbeschaffung seien nicht zulässig. Eine effiziente Zusammenarbeit sei jedoch nötig. Die politische Führung müsse gewährleistet sein. Die Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) untersuchte laut Mitteilung vom Dienstag die Zusammenarbeit zwischen der Bundespolizei sowie dem militärischen Nachrichten- und dem Sicherheitsdienst. Dabei zeigten sich Lücken in der Aufgabenteilung und der Abgrenzung sowie der Zusammenarbeit, wie der Präsident der Geschäftsprüfungsdelegation der Eidgenössischen Räte, Ständerat Hans Danioth (CVP/UR), auf Anfrage sagte. Die Delegation gab elf Empfehlungen zur Präzisierung der Staatschutzweisung des Bundesrates und der Vereinbarung zwischen den Departementen EMD und EJPD ab.

EU-Beitritt ist strategisches Ziel schweizerischer Europa-Politik

Zielsetzungen der Integrationspolitik der Schweiz – Vortrag von Philippe Nell, Bundesamt für Aussenwirtschaft, in Vaduz

(G.M.) – Ein Alleingang in Europa kommt für den schweizerischen Bundesrat nicht in Frage. Diese Erklärung gab gestern abend Philippe Nell, Bundesamt für Aussenwirtschaft, in einem Vortrag in Vaduz ab. Zur Veranstaltung, die der Europa-Politik der Schweiz nach dem ablehnenden Entscheid der Stimmberechtigten zum EWR-Beitritt am 6. Dezember 1992 galt, hatte die liechtensteinische Industrie- und Handelskammer eingeladen.

«In Anbetracht der Bedeutung», schreibt der Bundesrat in seinem Bericht über die «Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren», «die der umfassenden und gleichberechtigten Teilnahme der Schweiz am europäischen Integrationsprozess zukommt, ist der Beitritt zur EU das strategische Ziel der Integrationspolitik.» Ausgehend von dieser Zielsetzung erläuterte Philippe Nell in seinem Vortrag die vom Bundesrat in der Zwischenzeit unternommenen Schritte, um einen Alleingang in Europa zu verhindern.

Anpassungen an das EWR-Recht

Im wesentlichen beschloss der Bundesrat eine Strategie in einem dreifachen Vorgehen: Einerseits wurden gesetzliche Bestimmungen an das EWR-Recht angepasst, andererseits die Verwirklichung des schweizerischen Binnenmarktes durch Abbau von Hindernissen zwischen den Kantonen in die Wege geleitet und schliesslich das bilaterale Vorgehen mit der EU überprüft. Während die sogenannten Eurolex-Vorlagen das



Auf Einladung der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer referierte gestern abend Philippe Nell, Bundesamt für Aussenwirtschaft, in Vaduz über die Integrationspolitik der Schweiz nach dem EWR-Nein von 1992. (Bild: Beat Schurte)

Parlament zügig passierten und offensichtlich auch der eidgenössische Binnenmarkt Fortschritte machen, bereitet der Schweiz der Bilateralismus mit der EU gewisse Schwierigkeiten. Der Referent sprach in diesem Zusammenhang über die restriktiven Positionen der EU-Kommission in ihrem Bericht über die zukünftigen Beziehungen zur Schweiz und ergänzte in der anschließenden Diskussion, dass auf dem bilateralen Verhandlungswege bisher keine besseren Konditionen ausgehandelt werden konnten als im EWR-Verhandlungsbereich.

Problem Alpeninitiative

Die Verhandlungsposition der Schweiz ist mit der Annahme der Alpeninitiative, erklärte Nell, nicht einfacher geworden. Er wies auf ein EU-Papier vom 16. Mai 1994 hin, in dem sich der EU-Rat besorgt über die unmittelbaren Folgen für den Verkehrssektor äusserte. Ziel der Gemeinschaft müsse es sein, formulierte der EU-Rat in diesem Papier über die Beziehungen zur Schweiz weiter, ein «ausgewogenes Gleichgewicht der beiderseitigen Vorteile innerhalb eines sektoralen Abkommens und zwischen den einzelnen Abkommen zu

erreichen.» Die bilateralen sektoriellen Verhandlungen mit der EU, hatte der Bundesrat vor kurzem erklärt, stünden im Vordergrund der Legislaturperiode 1991-1995. In der nächsten Legislaturperiode wird es darum gehen, heisst es im aussenpolitischen Bericht weiter, die multilaterale Integration der Schweiz mit der EU einzuleiten und, sofern die innen- und aussenpolitischen Voraussetzungen erfüllt sind, zu verhandeln.

Paneuropäische Kumulation

In Ansätzen entwarf der Referent auch das Modell einer «paneuropäischen Kumulation», das die west- und osteuropäischen Länder in ihre Beziehungen einschliesst, entweder als EU-Mitglieder, als Angehörige der EFTA sowie als über Verträge assoziierte Staaten. Die Schweiz sei interessiert an dieser Frage, erklärte Philippe Nell, denn es gehe letztlich auch um die Verteidigung der Wettbewerbsposition der Schweiz. Wie stehen die Chancen der Schweiz für die bilateralen Gespräche mit der EU? Der Referent meinte zu dieser Frage, dass die EU vorerst die Beitrittsfrage der EFTA-Länder Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen regeln wolle. Ein paar Schritte sei die EU der Schweiz entgegengekommen, doch gebe es noch keinen Durchbruch. Philippe Nell betonte jedoch, wenn der politische Wille vorhanden sei, könne es durchaus rasch gehen. Der Preis für den bilateralen Weg sei jedoch höher als über den Beitritt zum EWR-Abkommen.

Öko-Massnahmen kosteten letztes Jahr 94 Millionen

40 Millionen mehr als erwartet – Nur vier Millionen Franken gingen an Bio-Bauern

Rapperswil/Bern (AP) Die letzten Jahr erstmals ausgerichteten ökologischen Direktzahlungen haben den Bund 94,3 Millionen Franken gekostet. Knapp die Hälfte wurden für den ökologischen Ausgleich gebraucht; nur knapp vier Millionen gingen gemäss den Angaben des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW) an eigentliche Bio-Bauern.

Die Öko-Massnahmen wurden laut BLW von den Landwirten gut aufgenommen. Deshalb wurden 39,3 Millionen Franken mehr als die vorgesehenen 55 Millionen Franken ausbezahlt, wie das BLW an einer Medienorientierung am Dienstag in Rapperswil (BE) bekanntgab. Fast genau 70 000 Betriebe erfüllten 1993 die gesetzlichen Anforderungen für umweltschonende und tiergerechte Landwirtschaft.

Mit 44,3 Millionen Franken etwa die Hälfte der Direktzahlungen beanspruchten ökologische Ausgleichsmassnahmen, das heisst, Abgeltungen für extensiv ge-

nutzte Wiesen, Streuflächen, Hecken, Feldgehölze und Hochstamm-Feldobstbäume. Etwa jeder fünfte der potentiell beitragsberechtigten Betriebe hat im Durchschnitt 1,3 Hektaren solcher Ausgleichsflächen bewirtschaftet.

Dies sind 1,8 Prozent oder 19 000 Hektaren der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Schweiz. 30 000 Landwirte vor allem im Thurgau und im Baselbiet erhielten Beiträge für rund 1,9 Millionen Hochstamm-Obstbäume.

Rund 9800 oder 14 Prozent der Landwirte haben ihren Betrieb nach den Regeln der integrierten Produktion (IP) bewirtschaftet und bekamen dafür 40,9 Millionen Franken. Im Mittel waren es 4168 Franken pro Betrieb.

Im Kanton Graubünden beteiligte sich jeder dritte Betrieb an diesem Programm; in den Kantonen Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden und Luzern lag die Beteiligung zwischen 0,4 und 4,9 Prozent. Rund 1190 Landwirte haben ihren

Betrieb biologisch bewirtschaftet, also unter anderem ganz auf leichtlösliche Mineraldünger, chemische Schädlings- und Unkrautbekämpfung und Wachstumsregulatoren verzichtet. Sie erhielten im Durchschnitt 3208 Franken. Auch bei den Bio-Betrieben steht der Kanton Graubünden an der Spitze. 1994 werden diesen Betrieben höhere Beiträge ausbezahlt, um den Abstand zu den IP-Betrieben zu verkleinern.

4400 Bauernbetriebe machten bei der Kontrollierten Freilandhaltung (KF) mit und erhielten dafür vom Bund 5,3 Millionen Franken. Damit kamen 6,3 Prozent des Tierbestandes, meistens Rinder, unter anderem zu einem regelmässigen Auslauf im Freien.

Unterstützt werden die finanziellen Anreize zu einer ökologischeren Landwirtschaft durch die Forschung, Bildung und Beratung sowie die Schaffung klarer Marktverhältnisse für die Konsumenten, wie das BLW weiter mitteilte.

Gut bewertetes FL-Aktienrating

Die liechtensteinischen Aktiengesellschaften schneiden im «KK-Aktienrating» der Zeitschrift «Bilanz» recht gut ab. Die in einer «Bilanz-Sondernummer» bewerteten Aktien liegen mit Ausnahme der Hilti-PS über dem Durchschnitt. Das «KK-Aktienrating» stützt sich auf die Berechnung nach vier Kriterien: Das Kurs-Umsatz-Verhältnis, das Kurs-Eigenkapital-Verhältnis, das Kurs-Gewinn-Verhältnis und die Dividendenrendite. Die maximal erreichbare Punktzahl liegt bei 100 Punkten, der Mittelwert aller analysierten 258 Aktien aus dem schweizerisch-liechtensteinischen Wirtschaftsraum beläuft sich auf 42 Punkte. Die BIL-GT-Gruppe beispielsweise weist ein Rating von 62 Punkten auf und wird mit dem Symbol «fundamental unterbewertete Aktie» ausgestattet.

Staatschutz-Informationssystem löst Fichen-Karte ab

Ab 1. Juni – Guntern mit Datenschutzregelung einverstanden – EJPD ernannt Datenschutzbeauftragten

Bern (AP) Das elektronische Staatschutz-Informationssystem ISIS löst Anfang Juni die Fichen-Handkarte der Bundespolizei ab. Interne und externe Kontrollmechanismen sollen den Missbrauch von Daten verhindern, wie Vertreter des EJPD am Dienstag betonten. Bundesrat Arnold Koller ernannte zudem für das EJPD einen Datenschutzberater.

Der Bundesrat hatte im August 1992 beschlossen, die Karteikarten der Bundespolizei durch eine elektronische Datenbank, das «provisorische Informatisierte Staatschutz-Informationssystem (ISIS)», zu ersetzen. Nach den rechtlichen und technischen Vorbereitungen wird ISIS anfangs Juni vollständig in Betrieb genommen, womit keine sogenannten Fichen mehr erstellt werden. Erfasst sind laut Angaben des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) Informationen, die seit dem 16. Mai 1990 gesammelt wurden. Dazu kommen ältere



Bundesrat Arnold Koller, Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, ernannte im Zusammenhang mit ISIS einen Datenschutzberater.

Informationen, die der Sonderbeauftragte für Staatschutzakten der Bundesanwaltschaft überlassen hat. Das ISIS gliedert sich in fünf Teilsysteme, wie Hansjörg Stadler vom Rechtsdienst der Bundesanwaltschaft an einer Informationsveranstaltung des Departementes zum Datenschutz erklärte. Er nannte die fünf Datenbanken «Staatschutz», «Nicht staatschutzrelevante Verfahren», «Verwaltung», «Dokumentation» und «Numerensystem».

Die Zugriffsberechtigung sei auf Mitarbeiter der Bundesanwaltschaft und wenige Mitarbeiter des Bundesamtes für Polizeiwesen beschränkt. Die Mitarbeiter hätten lediglich Zugriff zu der für ihre Arbeit notwendigen Datenbank. Praktisch niemand werde die Möglichkeit haben, alle Datenbanken abzurufen. Neben den innerhalb der Bundespolizei eingebauten Kontrollmechanismen bestehen drei Kontrollgremien ausserhalb des Amtes.

Neu: Mit Airbags für Fahrer und Beifahrer.

Lassen Sie sich jetzt vom neuen 94er Range Rover verwöhnen. Er bietet Ihnen mit seiner neuen Innen-Ausstattung höchsten Luxus-Komfort. Und mit den 2 US-Fullsize-Airbags den höchsten Sicherheits-Standard seiner Klasse.

Garage Max Deck
9494 Schaan Tel. 075/232 62 65/66

RANGE ROVER

Belichtungs-Service

Buch- und Offsetdruckerei
Zollstrasse 58 · Schaan
Telefon 075 / 232 66 22